Oberösterreichische Heimatblätter

Herausgegeben vom Institut für Landeskunde am o.-ö. Landesmuseum in Linz
durch Dr. Franz Pfeffer

Jahrgang 1 | Heft 1 | Jänner-März 1947

Inhalt

Seite

Dr. Franz Pfeffer: Zum Beginn 1
Martha Khil: Adalbert Depiny. Ein Lebensbild 2
Dr. Alfred Hoffmann: Österreich und das Land ob der Enns 15
Karl Braunschmid, Dr. Franz Juraschek, Dr. Franz Pfeffer: St. Leonhard bei Pucking 38
Dr. H. J. Schmidt: Selbstzeugnisse im oberösterreichischen Schrifttum 51
Herbert Jandaurek: Oberösterreichische Familiennamen um 1823 bis 1830 60
Dr. Hans Commenda: Die Solinger. Eine Landmusik im Brauchtum unseres Volkes . 71

Bausteine zur Heimatkunde

Dr. Hans Commenda: Das Schützenmahl der Stachelschützen 78
L. Weinberger: Zur Geschichte der Kartoffel in Oberösterreich 80
F. Pfeffer: „Neue Welt" und „Amerika" in Oberösterreich 82

Heimatpflege

Hermann Mathie: Die Heimatbewegung im oberen Mühlviertel. Dem unermüdlichen Heimatforscher Pfarrer Johann Sigl zum Gedenken 84

Berichte 87
Schrifttum 94
Verzeichnis der oberösterreichischen Neuerscheinungen 95

Jährlich 4 Hefte

Zuschriften für die Schriftleitung (Beiträge, Besprechungsstücke) an Dr. Franz Pfeffer, Linz a. D., Museumstraße 14

Zuschriften für die Verwaltung (Bezug) an die Buchdruckerei des Amtes der o.-ö. Landesregierung, Linz a. D., Klosterstraße 7

Verlegt auf Grund der Genehmigung Nr. 192 des ISB

Verleger und Eigentümer: Verlag des Amtes der o.-ö. Landesregierung, Linz a. D., Klosterstr. 7

Herausgeber und Schriftleiter: Dr. Franz Pfeffer, Linz a. D., Museumstraße 14

Druck: Buchdruckerei des Amtes der o.-ö. Landesregierung, Linz a. D., Klosterstraße 7

Österreich und das Land ob der Enns

Von Dr. Alfred Hoffmann (Linz)

Die Tatsache, daß in den großen weltpolitischen Spannungen der Gegenwart sich unser Vaterland Österreich als Bebenherd und „Drehscheibe Europas" erweist, zeigt uns zu unserem Leidwesen, daß die Geborgenheit, an die unsere Väter und Vorväter-Generationen seit dem Wiener Kongreß des Jahres 1815 gewöhnt waren und die begreiflicherweise jetzt als der ideale Zustand eines „goldenen Zeitalters" erscheint, keine von der Natur gegebene Selbstverständlichkeit ist. Wir hatten zwar mit Recht die österreichische Geschichtsbetrachtung auf die geopolitische Kraft, die von dem Raume um Wien ausging und zur Entstehung der großen Donaumonarchie führte, eingestellt; denn diese Entwicklung machte Österreich zum Ausgangs- und Mittelpunkt einer Großmacht und damit zum aktiven Gestalter in der europäischen und Weltpolitik und es konnte so die Gefahr rein passiven Erduldenmüssens der von anderen Mächten und ihren Bestrebungen ausgehenden Ansprüche auf unser Land stets wieder erfolgreich abgewehrt, wenn nicht ganz beseitigt werden. Bei richtigem Zusehen zeigt uns aber die Geschichte in gleicher Weise, daß sich an der schicksalhaften Lage Österreichs immer wieder auch Überschneidungen politischer Kräfte mit umgekehrter, zentrifugaler Wirkung geltend machten, die manchmal auch die Existenz unseres Staates in Frage stellten.

Aufgabe dieser kleinen Abhandlung soll es sein, den geschichtlichen Wechsel der Kräfteverhältnisse und seine Auswirkungen auf das Schicksal unseres Heimatbodens und seiner Bevölkerung in großen Zügen zu verfolgen. Dabei wollen wir die besondere Rolle, welche unser Oberösterreich für den österreichischen Staat in seiner jeweiligen Verfassung einnahm, zu erkennen suchen. Auch hier werden uns die bitteren Erfahrungen der Gegenwart mit ihrer Vierteilung des kleinen Österreich dazu helfen, die Zusammensetzung und Eigenheiten seiner einzelnen Länder in einer neuen Sicht zu erfassen. So interessant und ergiebig es wäre, schon für die vorgeschichtliche Zeit die Wandlungen der Völker und Kulturen auf dem Boden Oberösterreichs zu verfolgen, da sich schon in dieser frühesten Zeit die zwei geopolitischen Haupttatsachen, nämlich die Überschneidung und der Zusammenstoß großer Kulturen, dann aber auch die in diesem Mittelraume immer wieder zutage tretende eigenartige und selbständige Formung kulturellen und staatlichen Lebens deutlich zeigen, so wollen wir uns doch auf die historische Zeit, vor allem seit dem Bestehen des österreichischen Staates, beschränken.

Das erste staatliche Gebilde auf dem Boden des heutigen Österreich fällt freilich noch in die „halbgeschichtliche" Zeit, nämlich das von den um 400 vor Christus eingewanderten Kelten errichtete Königreich Norikum. Norikum stand

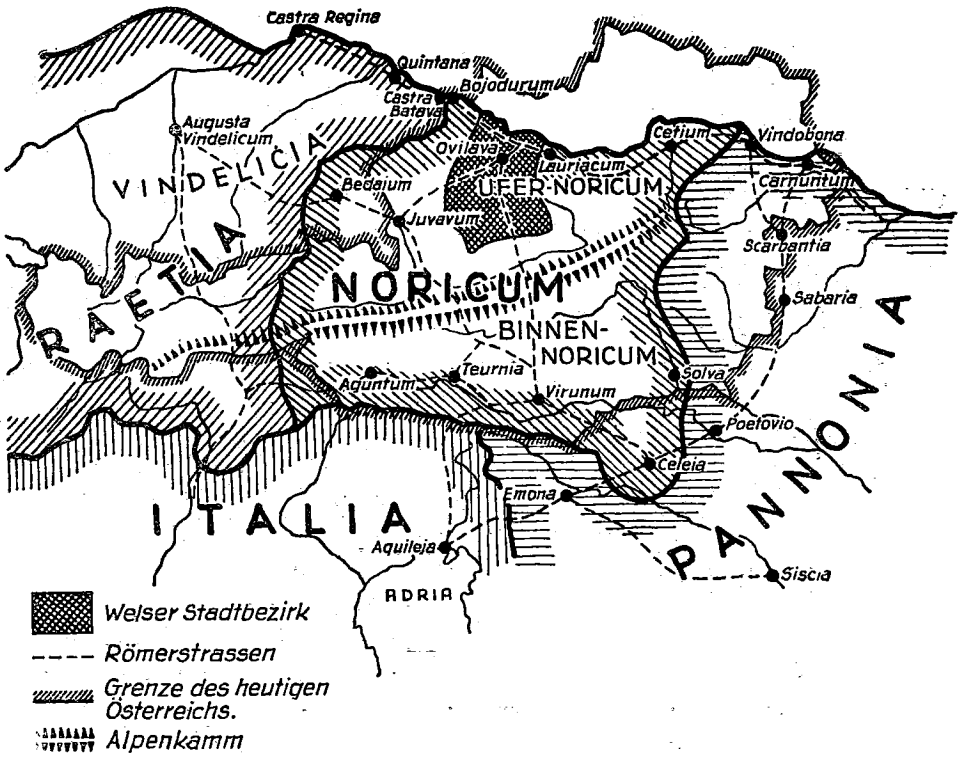
vorerst in einem Bündnisverhältnis mit Rom und wurde im Jahre 15 vor Christus kampflos unter Beibehaltung seiner eigenen Könige in das römische Weltreich einbezogen; sein Umfang deckte sich ungefähr mit dem heutigen südlich der Donau gelegenen Österreich (ohne Tirol und Vorarlberg). Die Orientierung nach dem weit im Süden gelegenen Mittelpunkt hatte ein Abreißen der Verbindung mit dem nördlich der Donau gelegenen Gebiete, das von stammesgleichen Bewohnern besiedelt war, zur Folge; erst nach dem Zusammenbruch des Donaureiches kam der naturgegebene Zusammenschluß des zum Donaustrom strebenden Berglandes (Mühlviertel) wieder zur Geltung. Das politische Zentrum Norikums lag vorerst hinter dem schützenden Hauptkamm der Alpen in Steiermark oder Kärnten (Noreia) und verschob sich erst seit den Kämpfen mit den nördlich der Donau sitzenden Markomannen (160 — 180 n. Ch.) und den von Westen her drängenden Alemannen (213 n. Ch.) in das Donauland nördlich der Alpen nach Enns (Laureacum) und Wels (Ovilavis).

Die einschneidende Reichsreform, durch die das schon sinkende Riesenreich von Kaiser Diocletian (284 — 305 n. Ch.) neu gekräftigt wurde, war von einer Verwaltungseinteilung begleitet. deren Nachwirkungen sich über die Stürme der Völkerwanderung hinweg bis in das Mittelalter herüber erhielten, ja in gewissem Sinne sogar bis in die Gegenwart ausstrahlen. Norikum wurde damals nicht bloß in einen südlich der Alpen gelegenen Binnen- und nördlichen Uferbezirk zerlegt, sondern dieser auch noch durch die Enns in zwei Teile gegliedert. Da im Westen der Inn (früher der Hausruck?) die Grenze gegen Raetien bildete, ist mit Ausnahme des nördlich der Donau gelegenen Mühlviertels (von dem übrigens ein schmaler Grenzsaum ebenfalls von den Römern zum Ausbau von Brückenköpfen besetzt gehalten wurde) Oberösterreich in seinem heutigen Umfange bereits in der Römerzeit vorgezeichnet.

Der sichere strategische Blick der Römer für die naturgegebene Hauptverkehrslinien des Landes zeigt sich in der Anlage seiner technisch vollendet gebauten Reichsstraßen, die von Osten nach Westen von der Enns bis Passau bzw. Salzburg und gegen Süden über den Pyhrnpaß führten. Schon im römischen Ufer-Norikum zeigt sich aber auch der immer wiederkehrende Zusammenhang mit dem ebenfalls am großen Donaustrom ausgerichteten Gebiete unter der Enns, sowie die Anziehungskraft des Raumes von Wien, der die Verbindung zu den Tiefebenen im Osten bildet. Übrigens wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß das römische Norikum bloß einseitig nach Süden orientiert gewesen wäre; seine kirchliche Zugehörigkeit zu dem in Pannonien gelegenen Sirmium (Mitrowitza) zeigt uns, daß der österreichische Donauraum schon damals in engem Zusammenhang mit der ungarischen Tiefebene stand, also neben der Nord-Süd-Richtung auch die West-Ostlinie ihre naturbestimmte Kraft zeigte.

Beim Zusammenbruch des Römerreiches trafen sich — ähnlich wie 1945 — die Heere der von Ost und West heranstürmenden Germanenstämme an der Enns. Nach der Unterwerfung der Alemannen durch die Franken um 500 blieb das Gebiet

Die römischen Provinzen (insbesonders Noricum) auf dem Boden des heutigen Österreichs.



westlich dieses Flusses ununterbrochen im Verbande mit der jeweiligen Herrschaft in Mitteleuropa, während Niederösterreich erst ein halbes Jahrtausend später endgültig dem westlichen Abendlande gewonnen wurde.

Um 550 machte sich der baierische Stamm im ganzen Donaulande vom Wienerwalde bis über Regensburg hinauf seßhaft und übernahm so das Erbe des alten Norikum, nach dem er bisweilen auch sein Land benannte. Wir müssen uns, wenn wir an das alte Stammesherzogtum Baiern denken, von der Vorstellung des heutigen Staates Bayern, der seine derzeitigen Grenzen erst unter Napoleon erhielt, freimachen; dann werden wir erkennen, daß ursprünglich sein natürlicher Schwerpunkt in Österreich lag. So ist es auch erklärlich, daß in Anknüpfung an die spätrömische staatliche und kirchliche Verwaltungseinteilung, derzufolge die Stadt Lorch-Enns auch der Sitz eines christlichen Bischofs war, dieser Ort noch bis zum Einbruche der Awaren um 700 eine führende Stellung einnahm.

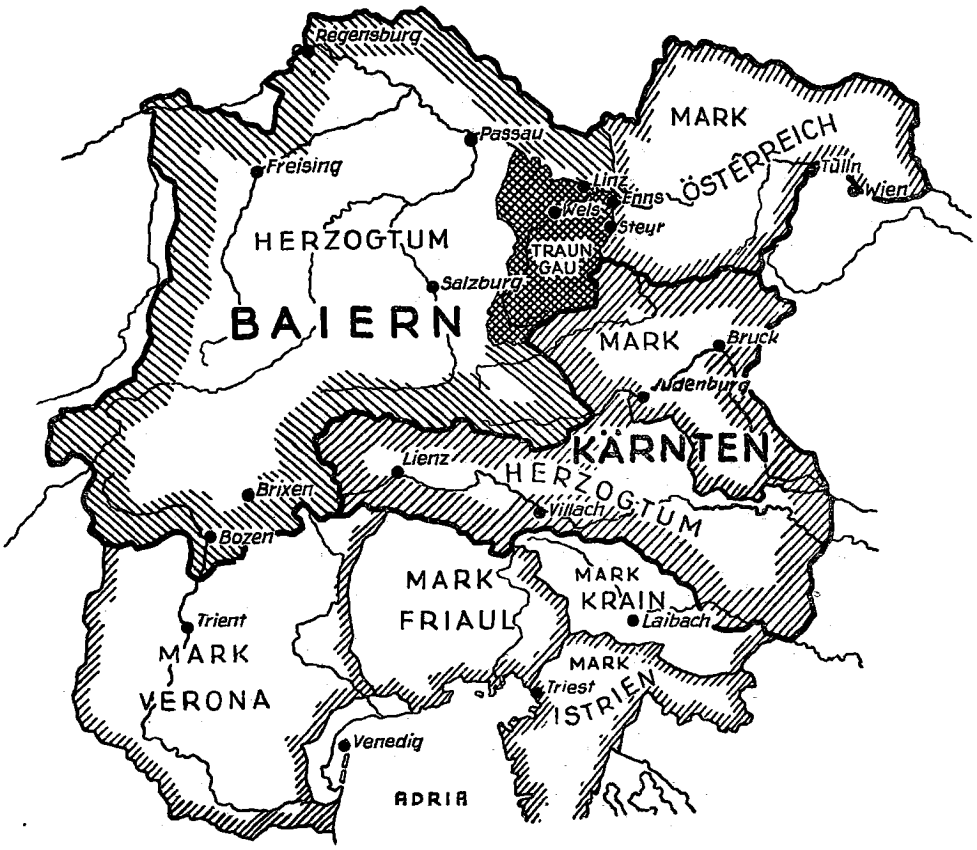
Seitdem bildete die Enns die östliche Grenze des baierischen Stammes, der zeitweise sogar hinter die Traun zurückweichen mußte. Das Land ob der Enns war so zur baierischen Grenzmark im Osten geworden, eine Eigenschaft, die uns

in den späteren Streitigkeiten um seine staatsrechtliche Stellung wiederum begegnen wird. Das altbaierische Stammesherzogtum gliederte sich in als Gaue benannte untere Verwaltungseinheiten, an deren Spitze Grafen ihres Amtes walteten. Unter den auf dem Boden des heutigen Oberösterreich eingerichteten baierischen Gauen war der von der Enns bis zum Hausruck reichende Traungau weitaus der größte und bedeutendste; er umfaßte das ganze Traunviertel und den Großteil des Hausruckviertels ohne das Gebiet des Bezirkes Vöcklabruck, mit dem sich ungefähr der ziemlich kleine Attergau deckte. Die Machtpolitik des altbaierischen Herzogtums richtete sich hauptsächlich gegen die in die südöstlichen Alpengebiete eingedrungenen Slaven, die sich vor den nachdrängenden Awaren unter die baierische Schutzherrschaft flüchten mußten; so kam das Gebiet von Steiermark und Kärnten frühzeitig unter die Oberhoheit der Baiern, die auf dem Wege waren, das alte Norikum gänzlich unter ihre Herrschaft zu bringen.

Dem werdenden baierischen Großreiche bereitete jedoch Karl, der Herrscher des Frankenreiches, dem sich Baiern schon früher mehrmals unterordnen mußte, mit der Absetzung Tassilos, des Gründers von Kremsmünster (777), ein Ende. Die von ihm nach den großen Siegen über die Awaren (791 — 796) geschaffene „Ostmark" umfaßte nicht nur das gesamte norische Gebiet, sondern auch die im Osten angrenzende ehemalige pannonische Provinz bis zur Donau-Save und erreichte im Süden mit Istrien die Adria. Innerhalb dieser großen Ostmark, welche die spätere Verbindung von Österreich und Ungarn vorausnahm, vereinigte Karl — ebenfalls in Anlehnung an das römische Ufernorikum — den baierischen Traungau mit zwei den Boden des westlichen Niederösterreich umfassenden Grafschaften zum „baierischen Grenzabschnitt im Osten". Wir sehen daraus die stets wiederkehrende Erscheinung, daß nur ein vereintes Ober- und Niederösterreich imstande ist, eine von Österreich ausgehende politische Gestaltung im Osten erfolgreich zu halten. Das Land ob der Enns bildet den für Niederösterreich bzw. den Raum von Wien unerläßlichen Rückhalt für jede Staatsbildung, die irgendwie dem früheren oder späteren österreichischen Staate gleicht.

Karls Reichskonstruktion war wohl für die Kraft des damaligen Kerngebietes zu groß und erlag sowohl im Westen als im Osten den auseinanderstrebenden Kräften. Für unseren engeren Bereich erwies sich jedoch eine seiner Schöpfungen, nämlich das von ihm im Jahre 798 gegründete Erzbistum Salzburg von dauernder Wirkung, und zwar weniger für den kirchlichen Bereich, den das ältere Passau bis ins späte 18. Jahrhundert herauf beherrschte, als vielmehr dadurch, daß beide Bistümer späterhin (13. Jahrhundert) eigene Fürstentümer wurden, deren Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft zum Lande ob der Enns lag. Salzburg im besonderen schnitt die natürliche, der Salzach-Innlinie folgende Verbindung Donauösterreichs mit den westlichen Ländern ab, ein empfindliches Hemmnis, das erst mit der Angliederung Salzburgs an Österreich im Jahre 1816 — und auch da infolge des Anfalles des Berchtesgadener Landes an Bayern nicht zur Gänze — beseitigt wurde.

Die Herzogtümer Baiern und Kärnten samt ihren Marken um das Jahr 1000.



Einen tiefen Einschnitt bedeutete die Ungarnherrschaft, die nach dem vernichtenden Sieg über das baierische Heer im Jahre 907 die ganze Grenzmark verwüstete, bis ihr in der Lechfeldschlacht des Jahres 955 ein Halt geboten wurde. Der damals erfochtene entscheidende Sieg ermöglichte die Wiedererrichtung einer neuen baierischen Ostmark, welche aber zunächst bloß das westliche Niederösterreich umfaßte; seit 976 war die Leitung dieser Ostmark, für die schon 996 der deutsche Name „Ostarrichi" nachweisbar ist, dem Geschlechte der Babenberger anvertraut. Etwa gleichzeitig wurde mit dem Mittelpunkte in Kärnten eine zweite Mark errichtet, die bald als ein von Baiern abgespaltenes Herzogtum die selbständige politische Entwicklung des später österreichischen Südostens einleitete.

In welcher Beziehung steht nun das Gebiet Oberösterreichs zu den neu erstandenen Marken Österreichs und Kärntens? Von vielen Geschichtsforschern wird angenommen, daß das untere Mühlviertel, nämlich die östlich des Haselgrabens liegende sogenannte Riedmark schon seit dem Bestande Österreichs zu dessen

Bereich gehörte. Der bis zu den Ungarnkriegen zum Dreigrafschaftsgebiet zählende Traungau verblieb diesmal jedoch im Verbande Baierns. Während früher Enns und Wels sich als Ausgangspunkte für die politische Gestaltung erwiesen, tritt nunmehr die 977 erwähnte Steyrburg als Sitz des Geschlechtes der Ottokare in den Vordergrund. Nach dem Aussterben der Grafen von Wels-Lambach kam um 1050 nicht bloß deren Besitz im Traungau, sondern auch die von dem Herzogtume Kärnten abgespaltene Mark als Erbherrschaft in ihre Hände, welche nach der Residenz Steyr als Steiermark bezeichnet wurde. Der Traungau wird so ein Bindeglied zwischen dem Donauraum und dem inneralpinen Gebiet und bereitet die später (1192) erfolgte Angliederung der Steiermark an Österreich vor.

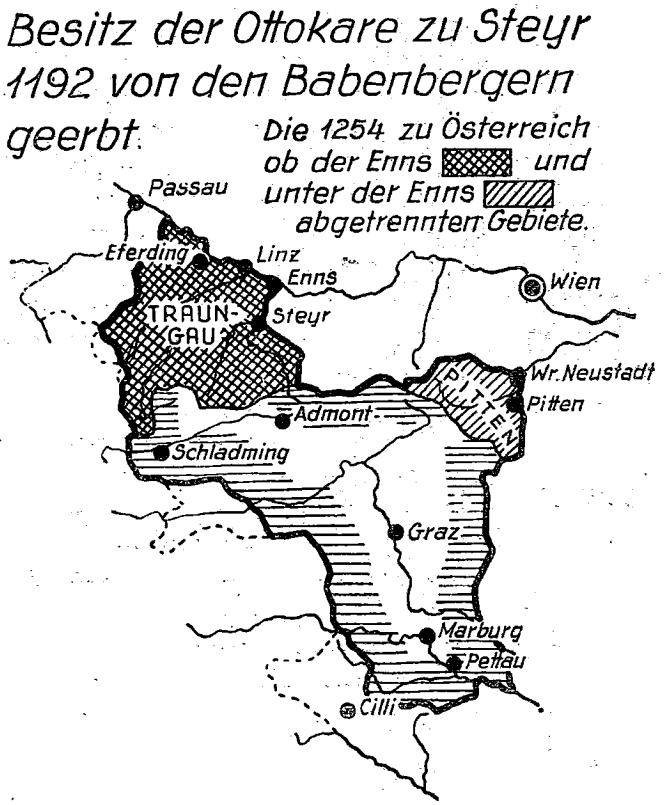
Ebenso entscheidend für die künftige Entwicklung des Staates Österreich wurde das Bestreben seines unter Markgraf Leopold III. dem Heiligen (1091 — 1136) zu bedeutender Macht und hohem Ansehen aufgestiegenen Herrscherhauses, eine Ausdehnung seines Machtbereiches westlich der Enns zu erzielen. Dieser Wunsch schien mit der Übertragung des baierischen Herzogtums an den Babenberger Leopold IV. (1139) erfüllt; seitdem begegnen wir immer wieder dem Versuch, den Raum zwischen Regensburg und Wien einheitlich entweder im Sinne einer „österreichischen" oder aber einer „baierischen Lösung" zusammenzufassen. In diesem ständig hin- und herwogenden Machtkampf bildet Oberösterreich die unmittelbare Grenz- und Überschneidungszone, eine Tatsache, die für seinen geschichtlichen Werdegang bis zum Jahre 1816 herauf stets von ausschlaggebender Bedeutung blieb.

Schon im Jahre 1156 jedoch wurde diese österreichische Lösung rückgängig gemacht, Baiern an die Welfen zurückgegeben, Österreich als Entschädigung zum Herzogtume erhoben und damit seine Entwicklung zu einem unabhängigen Staatswesen angebahnt. Bereits die österreichische Geschichtstradition des dreizehnten Jahrhunderts behauptet, daß schon damals das Land zwischen der Enns und dem Hausruck von Baiern an Österreich abgetreten worden sei; die praktische Inbesitznahme dürfte sich aber erst dann verwirklicht haben, als mit der 1186 vertragsmäßig festgelegten, 1192 mit dem Aussterben der steirischen Ottokare tatsächlich erfolgten Angliederung, der ihnen gehörige Besitz im Traungau und das ganze Land Steiermark an Österreich fielen. Die österreichische Herrschaft wurde gleichzeitig auch im Norden der Donau vom Haselgraben bis zur Großen Mühl vorgeschoben, so daß damit im wesentlichen der Raum, den das Land ob der Enns bis zur Angliederung des Innviertels im Jahre 1779 einnahm, abgegrenzt war.

Bildete Baiern den gewichtigsten Gegenpol für das donauaufwärts strebende österreichische Herzogtum, so traten nunmehr in den beiden geistlichen Fürstentümern Salzburg und Passau ebenfalls Konkurrenten entgegen, deren Bestrebungen mit jenen der Babenberger und ihrer Nachfolger im Raume von Oberösterreich zusammenstießen. Dagegen konnten die Bistümer Bamberg, Würzburg und auch Regensburg, welche ebenfalls im Lande ob der Enns ansehnliche Besitzungen hatten, infolge zu großer Entfernung ihrer Hauptgebiete der österreichischen Landes-

hoheit keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen, sondern mußten sich ihr stufenweise gänzlich einfügen.

Da die Ausdehnung der österreichischen Herrschaft in Niederösterreich schon frühzeitig (12. Jahrhundert) zum Abschluß und Stillstand kam, wurde Oberösterreich zum Brennpunkt der territorialen Entwicklung. Zielbewußt festigen die Babenberger hier ihre Positionen durch systematische Erwerbungen von Schlüsselstellungen im Eigenbesitz, unter denen Regau - Vöcklabruck 1189, Linz 1211, Wels 1216, die große Herrschaft Wachsenberg 1224 die wichtigsten sind. Unter Herzog Friedrich II. fassen schließlich die Babenberger durch ein Erbe seiner Frau aus dem Geschlechte der Andechs-Meraner mit der Erwerbung von Schärding und Ried westlich des Hausrucks und am Inn Fuß und bereiteten so erstmals den Vorstoß Österreichs bis dorthin vor. Zur selben Zeit, als Österreich im Jahre 1245 zu einem Königreich erhoben werden sollte, scheint sich im Landschreiberamte zu Enns (1240) das bisher in verschiedene Herrschaftsgebiete aufgegliederte Land ob der Enns als eigene politische Einheit abzuzeichnen.



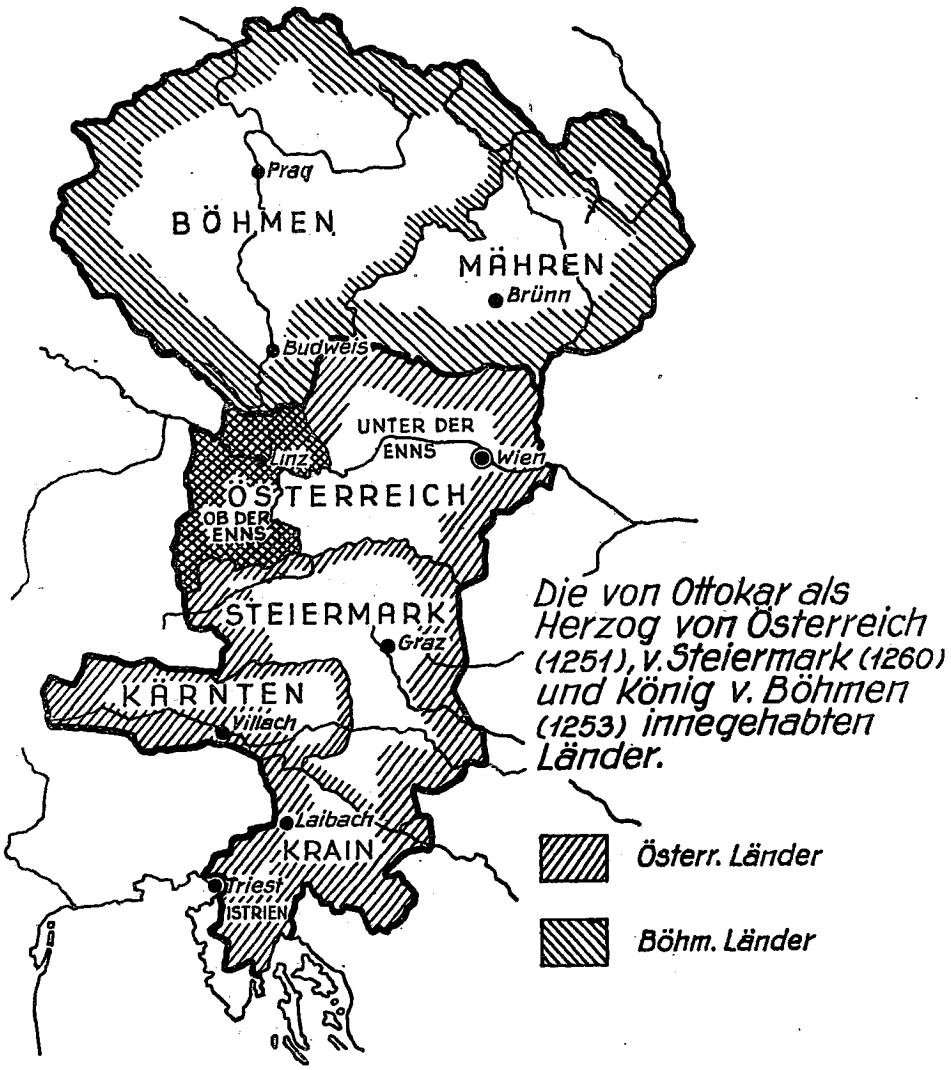
Der Tod des letzten Mannesprossen aus dem Hause der Babenberger (1246) bereitete dem glänzenden Aufstieg des österreichischen Staatswesens, das auch auf beachtlich kultureller Höhe stand, ein vorläufiges Ende. Merkwürdigerweise hatten jedoch die Bestrebungen Baierns, Österreich zu erwerben, von Anfang an keinen rechten Erfolg. Die Österreicher fühlten sich damals schon als ein von den Baiern unterschiedliches Volk und wir werden sehen, daß der stammesmäßige Gegensatz sich im Laufe der Jahrhunderte immer mehr vertiefte. So wie die deutsche Bezeichnung „Ostmark" für Österreich erst eine von neuzeitlichen Geschichtsforschern gebrauchte Übersetzung der frühmittelalterlichen lateinischen Bezeichnung für Österreich ist, ist die Entdeckung, daß die Österreicher eigentlich Baiern seien, auch

erst der romantisch-nationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts zu verdanken. Dem wirklichen, geschichtlich entwickeltem Volksempfinden entsprechen diese gelehrten Konstruktionen nicht; denn die Österreicher haben sich weder für „Ostmärker" noch für Baiern gehalten. Sie hatten ja gar keinen Grund etwas anderes als Österreicher sein zu wollen, denn kein aufstrebendes Volk wünscht seine einmal erwachsene Eigenart und Selbständigkeit wieder rückgängig zu machen.

Mit Ottokar von Böhmen, der 1251 das österreichische Herzogtum übernahm, trat die „Böhmische" Lösung der Donauraumgestaltung erstmals wirksam in Erscheinung; sie war jedoch zunächst von einer Aufteilung Österreichs mit dem östlichen Nachbarn Ungarn begleitet, der 1254 die Steiermark erhielt. Auch die Ungarn werden uns von nun an wiederholt als Anwärter auf eine einheitliche Beherrschung des Donauraumes begegnen. Die Losreißung der Steiermark bringt für Österreich und das Land ob der Enns insoferne eine wichtige Entscheidung, als jetzt die natürliche Alpenkammgrenze Geltung erlangt, indem in Niederösterreich das früher steiermärkische Gebiet von Wiener-Neustadt bis zum Semmering, in Oberösterreich der Traungau endgiltig zu Österreich geschlagen wird. Der von der Natur vorgezeichnete Zug zur Donau trug damit den Sieg über die bloß besitzgeschichtliche Verbindung davon.

Aus dieser Veränderung ergab sich für Ottokar die Notwendigkeit, die schon unter den letzten Babenbergern mit dem Ennser Landschreiberamte angebahnte einheitliche Zusammenfassung des ganzen östereichischen Herrschaftskomplexes ob der Enns zu vervollständigen und zu festigen. Mit der Errichtung einer Hauptmannschaft ob der Enns gewinnt das Land den verwaltungsrechtlichen Mittelpunkt für die Ausbildung einer einheitlichen politischen Gestaltung. Dabei blieb es auch, als nach einem militärischen Siege über die Ungarn (1260) Ottokar die Steiermark, ja sogar Kärnten und Krain (bereits von Friedrich II. erworben) und Gebiete bis zur Adria erhielt. Man sieht also, daß die von den Babenbergern eingeleitete österreichische Staatsbildung — wenn auch unter anderem Vorzeichen — sich fortsetzte.

Als Rudolf von Habsburg als deutscher König dem Böhmenkönig die Herrschaft über die von ihm ohne Zustimmung des Reiches in Besitz genommenen Länder entriß (1276 — 1278), schien es zuerst, daß er, angewiesen auf die Unterstützung anderer Fürsten, den Baiern, die übrigens noch zur Zeit Ottokars 1270 sich auf kriegerischem Wege des Landes ob der Enns zu bemächtigen suchten, auf dem Wege der Pfandherrschaft das von ihnen so heiß begehrte Gebiet überlassen würde. Doch als sein Gegner in der Marchfeldschlacht 1278 das Leben verlor und Rudolf schon die Erwerbung der österreichischen Lande für sein Geschlecht (1282) vor Augen hatte, konnte er die Baiern zum Verzichte zwingen. Man sieht also, daß dieser scharf berechnende Fürst den Besitz des Landes ob der Enns für den Ausbau seiner Stellung im neu gewonnenen Gebiete für unerläßlich hielt, zumal er daran schritt, Böhmen und wenn möglich auch Ungarn für sein Haus zu erwerben. Die erste österreichische Lösung des Donauraumproblems durch das Haus



Habsburg hatte keinen dauernden Erfolg; der zähen Ausdauer dieses Geschlechtes war er erst rund 230 Jahre später beschieden.

Rudolfs Sohn und Nachfolger Albrecht I. hatte nicht bloß mit heftigen inneren Schwierigkeiten, die ihm von dem gegen die mitgezogenen „Schwaben" erbitterten einheimischen Landadel bereitet wurden, zu kämpfen, sondern er mußte sich auch bereits mit den beiden geistlichen Fürstentümern, die an Oberösterreich grenzten und hier auf Kosten der österreichischen Herrschaft ihre eigene Landeshoheit auszuweiten suchten, auseinandersetzen. Im oberen Mühlviertel gelang es ihm unter geschickter Ausnutzung der verzweifelten Lage, in die sich der verräterische hochadelige Zawisch von Falkenstein durch sein Ränkespiel im Kampfe zwischen Rudolf und Ottokar gebracht hatte, dessen Besitzungen einzuziehen; damit wurde

die österreichische Landesherrschaft von der großen Mühl bis an die Ranna und darüber hinaus erweitert und den Bestrebungen Passaus, sein „Abteiland" nach dem Osten vorzutreiben, für immer ein Riegel vorgeschoben. Ebenso mißlang es dem Fürsterzbischof von Salzburg, die österreichischen Salinen im Salzkammergut, die eine empfindliche Konkurrenz für die bisher allein vorherrschenden salzburgischen bildeten, zu beseitigen. Herzog Albrecht setzte aber auch die schon von dem letzten Babenberger angebahnten Bestrebungen, die österreichische Herrschaft bis zum Inn auszudehnen, fort, indem er Neuburg und Wernstein in seine Hand brachte, die bis zum Jahre 1803 bei Österreich verblieben; merkwürdigerweise wurde das Neuburger Ländchen nicht zum Hausruck, sondern zum Mühlkreis gerechnet.

Weitere Schwierigkeiten für das Land ob der Enns traten ein, als nicht nur das wittelsbachische Herrscherhaus in Baiern als Konkurrent in der Reichspolitik der Habsburger auftrat, woraus sich naturgemäß wieder Reibungen an der oberösterreichisch-baierischen Grenze ergaben, sondern auch in Böhmen die Luxemburger eine gewaltige Hausmacht schufen, sodaß auch das Gebiet im Norden der Donau zu einem gefährdeten Grenzstreifen wurde. Das Land ob der Enns unterlag so einem doppelten Druck von Westen und Norden. Dazu gesellte sich noch eine neue Gefahr in der wachsenden Macht der Grafen von Schaunberg, die in den Wirren nach dem Aussterben der Babenberger groß geworden und auf dem Wege waren, aus den von ihnen innegehabten Herrschaften eine Art Pufferstaat zwischen Österreich und Baiern zu schaffen.

Das Land ob der Enns beanspruchte aber auch noch in anderer Hinsicht ein erhöhtes Interesse. Eine mit Anfang des 14. Jahrhunderts einsetzende zielbewußte Erschließung seiner Salzbergwerke erhöhte seine Wirtschaftskraft. Verkehrstechnisch bedeutete die im Jahre 1335 erfolgte Erwerbung Kärntens für Österreich eine günstige Verbindung mit der Handelsmetropole Venedig, sodaß die Straße über den Pyhrnpaß eine neue Belebung erfuhr. Desgleichen übte infolge der 1363 erfolgten Angliederung Tirols an Österreich die Salzburger Straße eine vermehrte Anziehungskraft für den österreichischen Handel aus. Für das österreichische Salz aber führten durch das oberösterreichische Mühlviertel die Straßen in das salzarme Böhmen. In die gleiche Richtung strömten auch die in der Eisenstadt Steyr hergestellten, in Polen und Rußland gesuchten Waren, während die blühende Leinenindustrie vornehmlich in Ungarn und Italien ihren Absatz fand.

Herzog Rudolf IV. hat mit sicherem Blick die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Landes ob der Enns erkannt. Er hat, um seiner festen Bindung an Österreich, für die bisher eine schriftliche, reichsrechtliche Verankerung fehlte, die nötige Sicherheit zu verschaffen, in dem in seinem Auftrag verfertigten „Großen Freiheitsbrief" für Österreich Bedingungen hinsichtlich des Landes ob der Enns aufgenommen, die sich für seine hinkünftige staatsrechtliche Stellung in einschneidender Weise auswirken sollten. Nach dieser Urkunde, die sich als das anläßlich der Erhebung Österreichs zum Herzogtum ausgefertigte Privileg ausgab, wurde damals (1156) die Mark ob der Enns von Baiern abgetrennt und mit

jener unter der Enns gemeinsam zu einem Herzogtume erhoben. Daraus ergäbe sich nun eigentlich eine gleichartige und gleichwertige Stellung der beiden Lande unter und ob der Enns, eine staatsrechtliche Folgerung, die, wie wir später noch sehen werden, zwar vom Lande ob der Enns vertreten, von den übrigen österreichischen Ländern jedoch nicht anerkannt wurde. Die zweite rechtliche Auswirkung war eine klare Zurückweisung aller von Baiern auf das Land ob der Enns erhobenen Ansprüche. Herzog Rudolf suchte aber auch noch in einer anderen Weise das Land ob der Enns für Österreich zu sichern, indem er die Grafen von Schaunberg, wohl auf Grund der Vorlage des Großen Freiheitsbriefes, im Jahre 1361 veranlaßte, ein Lehensbekenntnis auszustellen, aus dem die Zugehörigkeit ihrer Herrschaften zu Österreich einwandfrei hervorging. Bald nach dem Tode des noch jungen Fürsten (1365) vereinbarten seine feindlichen Nachbarn nichts weniger als eine Aufteilung Österreichs, derzufolge die Ungarn das Land unter der Enns, die Baiern dagegen das Land ob der Enns, Tirol und Kärnten erhalten sollten. Statt dessen kam es aber im Jahre 1369 zu einem Vergleich zwischen Baiern und Österreich, durch den die Baiern bloß Schärding am Inn erhielten.

Eine völlig neue Lage ergab sich für das Land ob der Enns, als die Nachfolger Rudolf IV. entgegen seinem Willen, die ganze österreichische Herrschaft als eine nur von einem Fürsten regierte Einheit zusammenzufassen, zu einer Teilung schritten. Im Jahre 1379 wurden die österreichischen Länder in zwei Gruppen zerlegt, deren eine, Nieder- und Oberösterreich umfassend, unter die Regierung Herzog Albrechts fiel, während die andere mit Steiermark, Kärnten, Krain und Tirol an Herzog Leopold kam. Da bei der Teilung offenbar eine ungefähre Gleichheit der Einnahmen erzielt werden sollte, können wir daraus auch auf die Verteilung der Wirtschaftskraft unsere Schlüsse ziehen. Es ist übrigens auffallend, daß in dem Teilungsvertrag ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Herrschaft Steyr und das Ischelland (Salzkammergut) zum Lande ob der Enns gehörig sei; das zeigt uns deutlich, daß immer noch gewisse Zusammenhänge mit der Steiermark bestanden, die sich vornehmlich bei Steyr aus der Verbindung zwischen dem steirischen Erzberg und dieser Stadt als Eisen-, Gewerbe- und Handelszentrum auch in wirtschaftlicher Hinsicht ergaben und deren Trennung daher sicherlich Schwierigkeiten ergeben mochte.

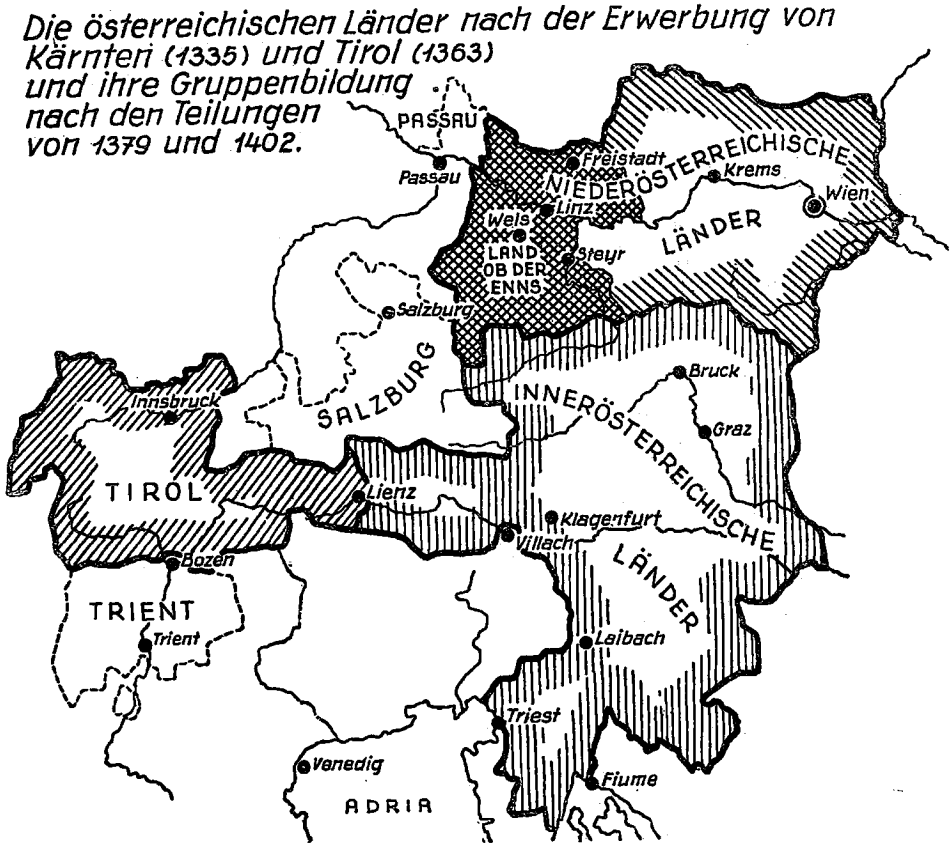
Nieder- und Oberösterreich bildeten als eigentliches Herzogtum Österreich nach wie vor eine enge Gemeinschaft, die in der künftigen Entwicklung des mittelalterlichen Staatenwesens bei den jeweiligen Plänen, den Donauraum von Österreich, Böhmen oder Ungarn her zusammenzufassen, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen hatte. Umso notwendiger erwies es sich daher für Albrecht III., den Begründer der albertinischen Linie des Hauses Habsburg, die in einem kritischen Stadium befindlichen innerstaatlichen Fragen im Lande ob der Enns möglichst bald und abschließend einer Lösung zuzuführen. Es handelte sich nämlich bei der von ihm in Angriff genommenen „Schaunbergerfrage" gar nicht bloß um die von

diesem Geschlechte angestrebte reichsunmittelbare, von der österreichischen Landeshoheit losgelöste Herrschaft. Vielmehr war damit auch die Rechtsstellung des im Lande ob der Enns gelegenen Besitzes der Bistümer Bamberg und Passau verwoben. Besonders das letztgenannte geistliche Fürstentum suchte mit Hilfe der Schaunberger die österreichische Landeshoheit zu unterhöhlen. Dazu kam noch der Versuch, durch die in ihrer Hand befindlichen Donaufestungen eine Zollsperre für den österreichischen Donauhandel, den wichtigsten Aktivposten in der österreichischen Wirtschaft, auszuüben. Nachdem er zuerst diplomatisch das Bündnissystem der Schaunberger, vorab mit Baiern, gesprengt hatte, schritt Albrecht mit Hilfe des mächtigen habsburgertreuen Geschlechtes der Wallseer zum Angriff gegen die Schaunberger. Nach längeren, von wiederholten Stillständen unterbrochenen Waffenhandlungen (1380 — 1386) konnte Herzog Albrecht endgiltig die Hausruck- und Rannagrenze für die österreichische Landeshoheit im Lande ob der Enns durchsetzen, dessen Einheit von nun ab nicht mehr in Frage gestellt werden konnte.

Die nach dem Tode dieses tatkräftigen Fürsten einsetzenden Vormundschaftsstreitigkeiten erhöhten den wachsenden Einfluß der aus den vier „Parteien" des Herrenadels, Ritteradels, der Prälaten und der landesfürstlichen Städte zusammengesetzten „Stände" zu einem ausschlaggebenden Faktor in der inneren Geschichte Österreichs. Unter Reinprecht V. von Wallsee schritt dieses Geschlecht, das die Stelle eines Hauptmanns ob der Enns durch nicht weniger als 150 Jahre beinahe erblich inne hatte, zur höchsten Machtentfaltung. Reinprecht hatte praktisch die im Namen des noch unmündigen Herzogs Albrecht V. ausgeübte Regierungsgewalt allein in seinen Händen und so kam es, daß unter seinem Einfluß im Jahre 1408 das Land ob der Enns erstmals von dem unter der Enns völlig abgetrennt wurde. Fast schien es, als ob die durch König Sigismund den Wallseern von Reichswegen erteilte Blutbannleihe (1434) die Wallseer in eine den Schaunbergern ähnliche Bahn führen sollte.

Sigismunds Versuche, wiederum eine böhmische Lösung des Donauraumproblems anzubahnen, scheiterte jedoch daran, daß durch die in seinem Hauptlande Böhmen ausgebrochenen Hussitenkriege seine Position empfindlich geschwächt wurde, da er weitgehend auf die von dem österreichischen Herzog geleistete Hilfe anstand. Vermutlich beeinflußt durch diese Umstände anerkannte Sigismund die von Herzog Albrecht auf Niederbayern erhobenen Erbansprüche und belehnte ihn im Jahre 1426 damit, doch wurde im Preßburger Urteil des Jahres 1429 dieses Gebiet wiederum bei Baiern belassen. Das Land ob der Enns gewann als Aufmarsch- und Abwehrbasis gegen die wiederholt tief ins Mühlviertel einbrechenden Hussiten eine über seine bisherige mehr gegen Westen gerichtete Schlüsselstellung hinausgehende steigende Bedeutung auch gegen Norden hin.

Diese Entwicklung erfuhr eine weitere Verstärkung, als nach dem Tode Sigismunds (1437) das Haus Habsburg mit Albrecht V. plötzlich in den Besitz der von ihm schon angestrebten drei Kronen, nämlich der deutschen, ungarischen und böhmischen kam. Wiedereinmal brachte der frühe Tod des Herrschers



(1439) Österreich um die schon greifbar nahe Verwirklichung der österreichischen Lösung. Da kein regierungsfähiger Erbe vorhanden war, konnten die Vormünder des erst nachgeborenen Ladislaus die Kronen von Ungarn und Böhmen nicht gegen die nationalen Anwärter halten. Lediglich die an den Ältesten des Hauses, den der steirischen Linie entsprossenen Friedrich übertragene deutsche Krone verblieb von nun an mit einer ganz kurzen Unterbrechung (1740/45) dauernd in der Hand des Hauses Österreich. Trotzdem schien es, als sollte auch diese Errungenschaft wieder verloren gehen, da Erbschafts- und Vormundschaftsstreitigkeiten, begleitet von wilden Parteikämpfen, Gewalttätigkeiten und ausländischen Interventionen Österreich an den Rand des Abgrundes brachten. Friedrich V. (als Kaiser Friedrich III.) ließ mit einer merkwürdigen Gleichgiltigkeit und Untätigkeit alles an sich herankommen, war aber von einer unerschütterlichen Überzeugung von der künftigen Größe Österreichs, die er in seiner eigenartigen Devise A E I O U zum Ausdruck brachte.

Sein ganz anders gearteter, von heftiger Herrscherleidenschaft erfüllte Bruder Albrecht VI. rang ihm im Jahre 1458 das Land ob der Enns ab, das somit ein selbständiges Fürstentum mit einem eigenen Herrscher wurde; doch der kurz darauf

erfolgte Tod (1463) machte dieser Herrlichkeit ein Ende. Erhalten blieb jedoch die von den Landständen ob der Enns schon früher angestrebte Selbständigkeit hinsichtlich der landschaftlichen Verwaltung. Damals bürgerte sich der Brauch ein, daß bei Steueranschlägen für ganz Österreich das Land ob der Enns ein Drittel, das Land unter der Enns (einschließlich der schon mittelalterlichen Großstadt Wien) die anderen zwei Drittel aufzubringen hatte, woraus wir einen Schluß auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Oberösterreichs ziehen können. Der innere Zerfall war in jener Zeit auch im Lande ob der Enns schon so weit gediehen, daß sich eine Anzahl von mächtigen adeligen Herren dem Böhmenkönig unterstellten und unter seinem Schutze und mit Hilfe böhmischer Adeliger große Plünderungszüge in das stark mitgenommene Mühlviertel unternahmen. Eine ganz andere Gefahr drohte von Osten; denn von dort brach der Ungarnkönig Matthias Corvinus ein und eroberte bald Wien und ganz Niederösterreich (1485), sodaß das Land ob der Enns für Friedrich das letzte Bollwerk blieb. Der 1490 erfolgte Tod seines Gegners ermöglichte schließlich dem tatenfrohen Prinzen Maximilian eine rasche Rückeroberung.

Friedrich III. überlebte alle seine Feinde, auch die Mitglieder der anderen Zweiglinien des Hauses Habsburg, sodaß nach seinem Tode sein Sohn Maximilian I. wieder sämtliche Erblande zu einer Herrschaft vereinigen konnte. Der schon von Friedrich gehegte Plan, die ganzen Erblande zu einem Königreiche zu erheben und damit eine schon unter den letzten Babenbergern angebahnte Entwicklung herbeizuführen, die Österreich und auch dem Lande ob der Enns eine für die ganze spätere Entwicklung ungleich bessere staatsrechtliche Position sowohl gegenüber dem römisch-deutschen Reich, als auch den Nachbarkönigreichen Böhmen und Ungarn verschafft hätte, wurde auch von Maximilian und noch später unter Ferdinand I. immer wieder aufgegriffen, aber zuletzt doch nie in Wirklichkeit umgesetzt.

Ein innerhalb des baierischen Fürstenhauses ausgebrochener, heftiger Erbfolgestreit gab Maximilian die Gelegenheit, als Lohn für seine Intervention im Jahre 1506 die Herrschaft Wildenegg mit Mondsee und dem Wolfganglande für Österreich zu erwerben, womit das Land ob der Enns für lange Zeit seinen letzten größeren Zuwachs erhielt. Es handelte sich wohl in erster Linie um die Sicherung der für die Salzwerke notwendigen Waldungen, wobei noch die romantische Vorliebe Maximilians für St. Wolfgang, wo er sich eine Grabstätte erbauen wollte, das ihre beigetragen haben mochte.

Die Heiratsverbindung Maximilians I. mit Maria von Burgund brachte dem Hause Habsburg im Jahre 1477 dieses zwischen Frankreich und dem Oberrhein gelegene Herzogtum ein, zu dem auch beträchtliche Teile des heutigen Belgien und Holland gehörten. Mit der Erwerbung der deutschen Königskrone und der Burgundischen Herrschaft trat das Haus Österreich aus seiner bisher provinziellen Stellung heraus und wurde zu einem entscheidenden Faktor der europäischen Politik. Infolge dieser weitausgedehnten und verschiedenartigen Herrschaftsbereiche

sah sich Maximilian veranlaßt, an Stelle des bisher immer noch vom Fürsten größtenteils persönlich ausgeübten Regiments, ständige, von Berufsbeamten geleitete Oberbehörden einzusetzen. Gleicherweise berief man neben den Landtagen der einzelnen Länder Ausschüsse von allen Erblanden zu gemeinsamen Generallandtagen ein, zumal die von Osten her immer stärker drohende Türkengefahr eine vereinte Abwehrkraft dringend erheischte.

Auf den beiden großen Tagungen zu Augsburg 1510 und Innsbruck 1518 kam es nun über die Frage der staatsrechtlichen Stellung des Landes ob der Enns zu einem erbitterten Rang- oder Präzedenz(Vortritt-)-Streit mit den anderen Ländern, vorab Steiermark, Kärnten und Krain. Der Streit entstand dadurch, daß die geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Lande ob der Enns zu Österreich und Steiermark sowohl vor der Regierung Rudolf IV. als auch nachher in Widerspruch zu den Formulierungen in dem 1358/59 angefertigten „Großen Freiheitsbriefe" stand. Stützt man sich, wie dies von Seite der Vertreter des Landes ob der Enns geschah, auf den Text dieser Urkunde, so wäre das Land ob der Enns dem unter der Enns gleichgeordnet; auf Grund der tatsächlichen Entwicklung, also des im mittelalterlichen Rechtsleben so wichtigen Herkommens, hatten die südlichen Länder Steiermark, Kärnten und Krain eine viel günstigere staatsrechtliche Stellung als das bloß als Zugehör zu Österreich behandelte „Landl".

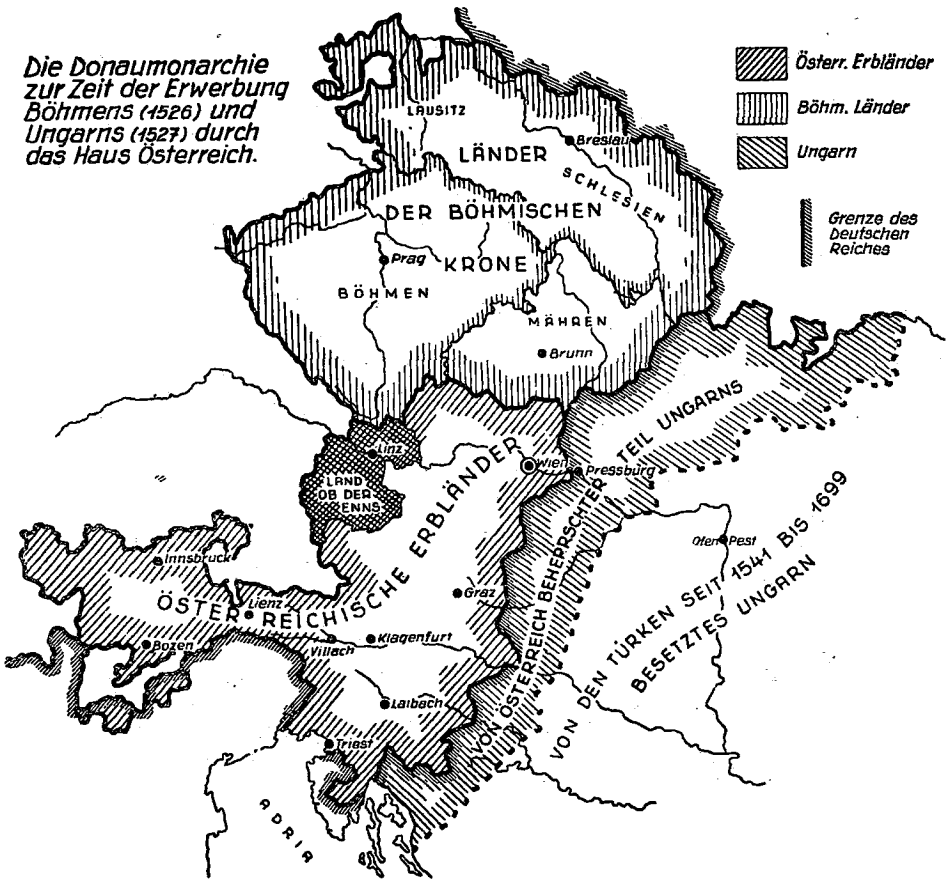
Brachte schon das nähere Zusammenrücken der alten Erbländer für Oberösterreich eine gewisse augenblickliche Minderung in seiner bisherigen Bedeutung für Österreich, so wurde diese Entwicklung durch die bald folgende gewaltige Ausweitung der Habsburgischen Hausmacht noch bestärkt. In wenigen Jahren kamen durch Erbanfall nicht weniger als drei Königreiche, nämlich Spanien samt seinen überseeischen Kolonien in Amerika (1516), dann Böhmen und Ungarn (1526), außerdem noch — allerdings nur vorübergehend (1516/26) — Württemberg unter die österreichische Herrschaft. Österreich rückte damit in eine Weltstellung, ja es war die erste Macht unter den damals maßgebenden Reichen geworden. Wenn auch die westlichen Länder (Spanien, Burgund) kaum irgend eine für das eigentliche Österreich und das Land ob der Enns direkt fühlbare Änderung in ihrer geopolitischen Lage mit sich brachten, so wirkte sich die freilich zunächst noch sehr lockere Angliederung der Nachbarstaaten Böhmen und Ungarn umso stärker aus.

Die ungemein reichen Länder der böhmischen Krone, die außer Böhmen und Mähren ganz Schlesien und die Lausitz umfaßten, überragten die Gruppe der alten Erblande weitaus an wirtschaftlichem, aber auch politischem Gewicht. So darf es uns nicht wundern, daß, als nach dem Tode Ferdinand I. (1564) die österreichischen Erblande abermals in drei Gruppen, nämlich die niederösterreichischen (Ober- und Niederösterreich), innerösterreichischen (Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien) und oberösterreichischen (Tirol und die habsburgischen Besitzungen in Schwaben und im Breisgau) aufgeteilt wurden, unter Rudolf II. die Residenz von Wien nach Prag verlegt wurde. Für das Land ob der Enns im besonderen

bedeutete die Angliederung Böhmens eine Entlastung der bisher bedrohten Nordgrenze und eine Ausweitung des Handels, vor allem mit Salz. Die Regulierung des Moldauflusses durch den Oberösterreicher Seeauer (1550), sowie die Eröffnung des Ischler Salzbergbaues (1563), der Bau der Solenleitung und der Ebenseer Sudanlage (1607), gehen alle auf die systematische Steigerung der oberösterreichischen Salzausfuhr nach Böhmen in wirksamer Konkurrenz zu Bayern, Salzburg und Passau zurück. Desgleichen erlebte die Ausfuhr steirischer Eisenprodukte in die nordöstlichen Länder durch die Angliederung Böhmens einen starken Anreiz.

Dagegen brachte die Erwerbung der ungarischen Krone für Österreich zunächst keinen Gewinn, sondern bloß die schwere Last der Türkenkriege. Schon 1529 wäre Wien beinahe dem Ansturm aus dem Osten erlegen, 1532 streiften türkische Scharen in der Gegend von Enns und Steyr bis ins Land ob der Enns herein, das wiederum dem Landesfürsten als Durchzugsgebiet wertvolle Dienste leistete und jetzt auch die Brücke zwischen Böhmen und Innerösterreich bildete. Durch die Länderteilung und die gleichzeitig damit eingerichteten Oberbehörden (die für Ober- und Niederösterreich nun bis zum Anfange des 18. Jahrhunderts maßgebende „Niederösterreichische Regierung" in Wien) rückten das Land ob und unter der Enns wieder näher zusammen. Infolge der Abtrennung der Steiermark erwies es sich als notwendig, in der 1583 in Steyr errichteten Eisenobmannschaft auch für die Leitung des wirtschaftlich so wichtigen Eisenwesens einen gemeinsamen Mittelpunkt zu schaffen.

Trotz dieser Entwicklung können wir seitens des Landes ob der Enns selbst eine steigende Tendenz zur Verselbständigung bemerken, die sich vor allem in dem bereits erwähnten Rangstreit zeigt. Mit der Errichtung einer eigenen Finanzbehörde, des Vicedomamtes, durch Maximilian I. erfuhr die bisher auf die Landeshauptmannschaft beschränkte Provinzialverwaltung ihre notwendige Ergänzung, während auf der anderen Seite auch die Landstände mit den von nun an ständigen Kollegien der Verordneten sich ihre Selbstverwaltung einrichteten. Geistesgeschichtlich gesehen steht diese Entwicklung zum „Provinzialismus" im Zusammenhang mit der allgemeinen Neigung des Humanismus und der Renaissance zur Ausbildung der Individualität nicht bloß des Einzelmenschen, sondern auch der Gemeinschaften. Obwohl die Stände ob der Enns schon frühzeitig als radikale Anhänger des Luthertums hervortraten, bestanden sie sogar in religiöser Hinsicht auf eigenen Formen, obwohl dies für die Rechtsstellung ihres Protestantismus von Nachteil war. Wenn wir uns fragen, warum gerade das Land ob der Enns zur Zeit der Bauern- und Religionskriege einen vor allen anderen Ländern hervortretenden Radikalismus zeigte, so können wir das Fehlen einer eigenen fürstlichen oder bischöflichen Residenz und den damit verbundenen überwiegenden Einfluß eines unabhängigen Landadels als eine Quelle dieser Haltung betrachten. Auf der anderen Seite mag die allmähliche Herabdrückung der im Lande ob der Enns ursprünglich ähnlich dem baierischen Recht weiter gespannten bäuerlichen Rechtsfreiheiten auf die in Niederösterreich üblichen schlechteren Formen, sowie



die größere Wohlhabenheit unserer Bauern ihre revolutionäre Haltung genährt haben.

Sowohl die Zusammenballung von Macht in den Händen des Hauses Habsburg und die dadurch bedingte Einschaltung Österreichs in den weiten und verwickelten Problemkreis der gesamten west- und osteuropäischen Politik, als auch die über das ganze Abendland gehende Spannung zwischen altem und neuem Glauben, zwischen Fürstenabsolutismus und Ständemacht, brachten an Stelle der bisher meist kleinräumig und lokal gebliebenen politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen nun Gruppierungen und strategische Operationen großen Ausmaßes. Auch alle mit und in dem Lande ob der Enns vorgehenden Veränderungen sind letzten Endes meist Auswirkungen der Kräfte eines weiten Spannungsfeldes. Obwohl im Lande ob der Enns keine entscheidenden Schlachten geschlagen wurden — die Bauernkriege sind, militärisch gesehen, von untergeordneter Bedeutung —, so war Oberösterreich dennoch als Durchzugs- und Aufmarschgebiet für die Behauptung der katholischen Macht Österreichs so wichtig, daß man in maßgebenden Kreisen die Lehre zog, man dürfe eher Böhmen als das Land ob der Enns in fremde Hände gelangen lassen.

Hand in Hand mit den politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen zeigen sich zugleich im Wirtschaftsleben Wandlungen, die auch in Oberösterreich fühlbar wurden. Das 16. Jahrhundert steht im Zeichen eines beherrschenden Einflußes der oberdeutschen (Augsburger, Nürnberger) Großkapitalisten, der sich besonders im Eisenwesen geltend macht; die Gegenreformation hat diese als Schrittmacher des Protestantismus zurückzudrängen versucht, zumal die damals aufkeimende Theorie des Merkantilismus nach Autarkie des eigenen Staates strebte. Die Gründung der Innerberger Gewerkschaft 1625 und der Linzer Textilfabrik durch Sindt 1672 sind praktische Versuche in dieser Richtung.

Trotzdem also das Schicksal Oberösterreichs enge mit der Lösung weltweiter Fragen verbunden erscheint — auch die Bauernkriege von 1626 und später stehen unzweifelhaft damit im Zusammenhang, zumal ja von den Zeitgenossen die Schlacht am Weißen Berge des Jahres 1620 keineswegs schon als die Entscheidung empfunden wurde —, blieb sein besonderes Problem dennoch aufrecht, nämlich die Lage zwischen Bayern und Österreich. So zeigt die von 1621 bis 1628 von Bayern für die von ihm geleistete Hilfe ausbedungene Pfandherrschaft über Oberösterreich deutlich, daß man von dieser Seite die Hoffnung auf eine Wiedergewinnung noch immer nicht aufgegeben hatte. Auch die auf dem Boden des Landes ob der Enns sich abspielenden Kämpfe im Gefolge des Spanischen Erbfolgekrieges (1705), die eher unter dem umgekehrten Vorzeichen einer Eroberung Bayerns für Österreich stehen, liegen auf der gleichen Linie. In beiden Fällen zeigt sich aber auch die außerordentlich heftige stammesmäßige Abneigung zwischen dem baierischen und österreichischen Volk, die sich jeweils in Bauernaufständen gegen die drückende fremde Besatzung Luft macht; das Losungswort des großen oberösterreichischen Bauernaufstandes des Jahres 1626 war ja: von Bayerns Joch und Tyrannei mach uns o lieber Herrgott frei!

Der Krieg von 1705 leitet eine Periode ein, in der sich die von nun an öfter wiederholten französisch-bayerischen Bündnisse, immer auch von bayerischen Gebietsforderungen in oder auf ganz Oberösterreich begleitet, geltend machen; so im österreichischen Erbfolgekrieg 1741/42 sowie zur Zeit Napoleons im Jahre 1809. Umgekehrt ließ auch Österreich mit den Versuchen, Bayern für sich zu erwerben, nicht locker, so 1705, 1741, 1777 (Aussterben der Wittelsbacher Hauptlinie). In den beiden letzten Fällen durchkreuzte Preußen die österreichischen Pläne, um eine Stärkung, bzw. Behauptung der Vormacht Österreichs im Reiche zu verhindern. Die Abtretung des Innviertels an Österreich im Jahre 1779 war eine von Maria Theresia gegen den Willen ihres Sohnes und Mitregenten Josef II. angenommene Kompromißlösung.

Die innere und äußere Umgestaltung der österreichischen Monarchie unter Maria Theresias Regierung (1740/80) brachte auch für die einzelnen Provinzen des durch die Pragmatische Sanktion (1713/22) staatsrechtlich einheitlich zusammengefaßten Reiches wesentliche Veränderungen mit sich. Neben Böhmen tritt von nun an das 1541 größtenteils von den Türken besetzte, erst seit 1699

ganz von Österreich eroberte Ungarn mit seinen Nebenländern stärker hervor, vermag jedoch sein Eigenleben noch im weiten Maße zu behaupten. Auch die später erfolgten Angliederungen großer Gebiete Polens (Galizien 1772/95, Bukowina 1775) sowie italienisch sprechender Länder (Venetien, Dalmatien 1797) bei gleichzeitigem Verluste Schlesiens an Preußen (1742) verschob das Schwergewicht des österreichischen Donaustaats, das bisher in der Innehabung der deutschen Kaiserkrone durch das Haus Habsburg gelegen war, von der Mitte Europas mehr in den Osten und Südosten.

Obwohl seit dem entscheidenden Siege des fürstlichen Absolutismus über die revolutionäre Adelsherrschaft in Böhmen in der Schlacht am Weißen Berge (1620) die Macht der Landstände immer mehr zurückgedrängt wurde, beseitigten erst die theresianischen und josefinischen Reformen ihren maßgebenden Einfluß in der Staatsverwaltung. Eine alle oder wenigstens mehrere Länder umfassende einheitliche Gesetzgebung schränkt das Sonderleben der Länder ein und macht diese immer mehr zu gleichartig ausgerichteten Provinzen des modernen Staates. Trotzdem oder gerade deswegen rücken, wie uns die neu eingerichteten Zentralbehörden, vor allem die vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei zeigen, die beiden Gruppen der alten Erblande und die bei Österreich verbliebenen Länder der böhmischen Krone näher aneinander. Dafür sprachen nicht nur staatsrechtliche Gründe — nur diese Länder der Donaumonarchie gehörten dem bis 1806 bestehenden alten deutschen Reich und nachher dem deutschen Bunde bis 1866 an — sondern auch wirtschaftliche Erwägungen.

Um den Verlust des gewerbefleißigen Schlesiens wettzumachen, verdoppelte man die Anstrengungen in den anderen Ländern. So erlebte die schon ins Mittelalter zurückreichende Leinwanderzeugung im Lande ob der Enns eine neue Blütezeit und die vom Staat übernommene Linzer Wollzeugfabrik beschäftigte außer ihren 5000 Arbeitern umfassenden Eigenbetrieb noch etwa 50.000 Heimarbeiter nicht bloß in Oberösterreich, sondern auch in den angrenzenden Ländern, vor allem in Böhmen. Überhaupt hob sich die Ausfuhr sowohl nach dem Süden (Italien) als auch nach dem Osten, vorab innerhalb der Donaumonarchie selbst, die jetzt auch auf wirtschaftlichem Gebiete stärker als früher zusammenarbeiten sollte. Die früher weitgehend von dem Markte im Reiche abhängige Steyrer Eisenindustrie, vorab die Sensenerzeugung, wandte sich mit ihrem Exporte ebenfalls stärker dem Osten zu. Eine Reihe von Gründungen neuer Fabriken, hauptsächlich auf dem Bereiche der Textilerzeugung, versuchte das Land ob der Enns von der bisher fast allein herrschenden Agrarwirtschaft mehr in die industrielle Richtung zu drängen, doch blieb dies eine nur vorübergehende Erscheinung.

Bildet die Angliederung des 1779 von Bayern an Österreich abgetretenen Innviertels einen gewissen Ausgleich im jahrhundertelangen Ringen zwischen den beiden Hauptrivalen, so waren damit nicht alle Probleme an der Westgrenze des Landes ob der Enns gelöst; denn auch hinsichtlich der beiden geistlichen Fürstentümer Salzburg und Passau blieb die Frage ihrers Verhältnisses zu Österreich

und dem Lande ob der Enns noch offen. Der Staat des aufgeklärten Absolutismus strebte nach einfacheren, klaren Grenzlinien und so hatten schon im Jahre 1765 Österreich und Passau einen Vertrag geschlossen, demzufolge größere, außenseitig gelegene Landstriche an der Westgrenze des Mühlviertels (Jandelsbrunn und Niederranna) gegen kleinere Abtretungen Passaus bei Engelhartszell ausgetauscht wurden. Im Jahre 1782 trat dann Passau auch seine bisherigen Enklaven Obernberg am Inn sowie die Herrschaft Viechtenstein ab.

War früher das Land ob der Enns aus rein historisch-staatsrechtlichen Gründen hinter den anderen Ländern zurückgetreten, so fielen für den aufgeklärten Absolutismus eines Josef II. derartige Erwägungen nicht mehr ins Gewicht. Alle Länder sollten ohne Rücksicht auf Alter und Titel als gleichmäßig organisierte Provinzen eines zentralistisch ausgerichteten Staats von nun ab vorwiegend nach ihrer Bevölkerungszahl und vor allem ihren wirtschaftlichen Leistungen entsprechend eingeschätzt werden. Von diesem Standpunkte aber war das Land Oberösterreich unzweifelhaft einer ganzen Anzahl jener Erblande vorzuziehen, die früher ihm gegenüber den Vorrang beansprucht und auch behauptet hatten. Bedeutete schon die von Maria Theresia vorgenommene Umwandlung der alten Landeshauptmannschaften in staatliche Behörden eine beginnende Loslösung von der für beide Lande ob und unter der Enns gemeinsamen Behörde der Niederösterreichischen Regierung in Wien, so bildete die von Josef II. im Jahre 1783 errichtete Landesregierung in Linz die konsequente Folge einer Entwicklung, die schließlich Oberösterreich als eine völlig selbständige Provinz anerkannte. Gleichzeitig löste Josef II. die bisher trotz wiederholter Bemühungen der österreichischen Landesbistümer immer noch (mit Ausnahme von Wien und Wiener-Neustadt) dem Fürstbistum Passau unterstandenen Lande ob und unter der Enns davon los und errichtete für Oberösterreich ein eigenes Bistum mit dem Sitze in Linz (1784). Damit schloß auch auf kirchlichem Gebiete der Jahrhunderte währende Kampf des Landes ob der Enns um seine Selbständigkeit ab.

Ganz andere Aussichten eröffneten sich für Österreich, als mit dem Reichsdeputations-Hauptschluß des Jahres 1803 die bisherigen geistlichen Fürstentümer Salzburg und Passau säkularisiert wurden; die Napoleonischen Kriege beraubten jedoch Österreich nicht bloß der Möglichkeit einer Ausweitung seiner Herrschaft nach Westen, sondern schienen es nach der Niederlage von 1809 auch noch aus dem Großteil seiner alten Erblande zu verdrängen. Oberösterreich war damals schwer in Mitleidenschaft gezogen; denn es verlor nicht bloß das ganze Innviertel, sondern auch beträchtliche Gebiete des Hausruckviertels an Bayern. Man erwog daher in Wien die Auflösung des Landes ob der Enns als selbständige Provinz und seine Eingliederung nach Niederösterreich. Der Sieg über Frankreich brachte im Wiener Frieden des Jahres 1815 aber nicht bloß die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete, sondern auch noch den Großteil des bisher selbständigen Fürstentums Salzburg als neuen Zuwachs für Österreich. Passau dagegen kam an Bayern.

Die Angliederung Salzburgs an die österreichische Monarchie, welche durch die im Jahre 1804 erfolgte Annahme einer österreichischen Kaiserkrone einen weiteren Schritt zu einer stärkeren Zusammenfassung in einen einheitlichen Gesamtstaat zurückgelegt hatte, bedeutete für Oberösterreich in mehrfacher Hinsicht eine wesentliche Verbesserung seiner bisherigen politisch-geographischen Lage: Mit Salzburg wurde ja jetzt eine direkte, von Wien über Oberösterreich bis zum Bodensee führende Hauptstraße gewonnen. Dazu kam eine beachtliche Verkürzung seiner Auslandsgrenzen gegen Westen. So wurde dieselbe Geschlossenheit, die das alte römische Norikum im Alpengebiete aufwies, wiederum erreicht! Auch das mit den Mitteln der von Frankreich gezahlten Kriegsentschädigung in den Jahren 1828/36 um Linz erbaute Befestigungssystem — die Maximilianstürme — steht noch ganz unter dem Gedanken der Schlüsselstellung Oberösterreichs in der Abwehr gegen Westen. Übrigens hatte Österreich die Erwerbung Salzburgs gegen den heftigen Widerstand Bayerns hauptsächlich aus strategischen Gründen durchgesetzt. Das an Bevölkerung und Wirtschaft weit hinter dem Lande ob der Enns zurückstehende Salzburg wurde daher zunächst als ein zu ihm gehöriger Zuwachs angesehen und daher als fünfter Kreis der oberösterreichischen Landesregierung unterstellt und verblieb als solcher bis zu den Umgestaltungen des Jahres 1850.

Dagegen stehen die Anfänge der umstürzenden technischen Neuerung im Verkehrswesen, der Eisenbahnen, in Oberösterreich zunächst noch durchaus im Banne der Salzbeförderung nach Böhmen, der die 1832 noch mit Pferden betriebene Linie Linz — Budweis sowie ihre 1835 fertiggestellte Verlängerung nach Gmunden diente. Erst die 1858/61 durch Oberösterreich gebauten Dampfeisenbahnen nach Salzburg bzw. Passau folgen den alten, großen Verkehrslinien zunächst in der West-Ost-Richtung, während die Nord-Süd-Täler mit der Rudolfsbahn (1872), der alten Eisenstraße, dann der Linie nach Stainach-Irdning (1877) in das innere Kammergut erst später erschlossen werden. Den Abschluß brachte die letzte große Etappe der österreichischen Bahnbauten mit der 1905 eröffneten Pyhrnbahn; damit war der Stand der alten Römerstraßen der modernen Entwicklung entsprechend erneuert.

Die aus der Revolution des Jahres 1848 — einer gesamteuropäischen Bewegung — hervorgegangenen modernen Verfassungen für das ganze Kaisertum Österreich sowie für die einzelnen Kronländer bewegten sich in der schon seit Maria Theresia angebahnten Richtung zum zentralistisch geführten Einheitsstaat fort. Der unter dem Eindruck der verlorenen Kriege von 1859 und 1866 — Ausscheiden Österreichs aus seiner Machtstellung in Italien und im Deutschen Reich — von den Ungarn erzwungene sogenannte „Ausgleich" von 1867 zertrennte das Kaisertum in zwei eine verschiedene innere Entwicklung nehmende Reichshälften. Der seit 1848 erwachte Nationalitätenstreit bereitete der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie der Doppelstaat nun benannt wurde, trotz dem wirtschaftlichen Aufschwung schwere innere Auseinandersetzungen und schwächte seine äußere Machtposition empfindlich. Gleichzeitig gewannen die politischen Parteien einen

maßgebenden Einfluß auf alle Zweige des öffentlichen Lebens. In nationaler Hinsicht zählte das Land Oberösterreich zur Gruppe der deutschen Provinzen, aber infolge einer einheitlichen deutsch sprechenden Bevölkerung gedieh hier kein solch radikaler Nationalismus wie in den gemischtsprachigen Ländern. Seit dem Jahre 1848 beherrschten die deutsch-liberalen Bürgerlichen in Oberösterreich — so auch in der Regierung der österreichischen Reichshälfte — politisch das Feld, wozu das ihre Stellung begünstigende Kurien-Wahlsystem außer der allgemein vorherrschenden Weltanschauung auch beitrug. Seit den Anfängen der Achtziger-Jahre trat dann die katholisch-konservative Bauernschaft in den Vordergrund, zu der sich erst nach dem ersten Weltkrieg die sozialistische Arbeiterschaft als maßgebender Faktor gesellte. Oberösterreich war so im Ganzen gesehen fast immer positiv zur jeweiligen Regierung eingestellt, eine Tatsache, die allerdings bei den maßgebenden Kreisen in Wien, im Verhältnis zu der Begünstigung anderer Länder, nicht entsprechend gewürdigt wurde.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht hat Oberösterreich im Verbande der Donaumonarchie, gemessen an seinen zum Gesamtstaat nur bescheidenen Bodenfläche und Einwohnerzahl (in Österreich-Ungarn zirka 1.8 Prozent) eine ziemlich ansehnliche Leistung vollbracht. Jedenfalls hat es die anderen kleineren Länder wie Salzburg und Kärnten, sogar das damals ungeteilte Tirol und teilweise auch die Steiermark (samt dem Unterlande) hinsichtlich des Bodenwertes, der Viehzucht, der Geldeinlagen und der Steuerleistungen weit überragt, ganz abgesehen davon, daß seine Salinen einen erklecklichen Beitrag zu den direkten Staatseinnahmen leisteten. Daß unser Land trotzdem im Verbande der Monarchie sowie der österreichischen Reichshälfte nicht den ihm gebührenden politischen Rang und wirtschaftlichen Einfluß ausüben konnte, lag zum guten Teil daran, daß es schon seit alters stark im Bannkreise der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien lag; seine Auswirkung wurde durch die neuzeitliche technische und kapitalistische Entwicklung noch mehr gefördert. Noch knapp vor dem Untergang der alten Donaumonarchie brachte das im Jahre 1915 nach langen Auseinandersetzungen veröffentlichte mittlere Staatswappen dem Lande ob der Enns auch äußerlich den ihm zukommenden Rang unter den altösterreichischen Kernländern; bisher hatte es im alten großen Staatswappen (zuletzt 1836 kundgemacht) immer noch einen dem mittelalterlichen Rangstreit und seiner 1632 getroffenen Lösung entsprechenden sehr bescheidenen Platz nur im Range einer Markgrafschaft eingenommen.

Die europäische Staatenentwicklung, welche durch die Zerstörung des ehrwürdigen Völkerstaates an der Donau im Jahre 1918 eingeleitet wurde, ist seitdem nicht zur Ruhe gekommen, ja es zeigt sich, daß das so verlästerte Österreich trotz aller seiner Mängel und von den Politikern und Gelehrten erklärten Lebensunfähigkeit es anscheinend auf Grund seiner vielhundertjährigen Erfahrung immer noch besser verstanden hat, den in ihm vereinten Völkern ein erträgliches Dasein zu bieten, als die später versuchten „Lösungen" dies vermochten. Oberösterreich hat vermöge seiner gut ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen

in der kleinen Republik von 1918, die in ihrem Umfange der Gruppe der alten „Erblande" annähernd gleicht, einen ziemlich angesehenen Platz eingenommen, der ihm in der jetzigen Krisenzeit nach dem zweiten Weltkrieg jedenfalls erhalten blieb, ja eher noch eine Steigerung erfuhr. Die begreifliche Genugtuung, welche seine einst als „Landler" etwas geringschätzig betrachteten Bewohner darüber empfinden mögen, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser scheinbare Vorteil zu teuer erkauft ist. Mit der Lösung unseres Heimatlandes aus der alten Großmacht ist es wieder nach zwei Seiten hin zum Grenzlande geworden. Die derzeitigen Zonengrenzen an der Enns und Donau gemahnen an all die Drangsale seiner mehr als tausendjährigen Geschichte. Diese zeigt uns aber auch, daß unser Land nur immer dann glückliche Zeiten erlebt hat, wenn es umgeben und vereint mit jenen Landen, die unser heute so schwer heimgesuchtes Vaterland Österreich bilden, sein Dasein selbst gestalten konnte. Wir lernen aber auch aus der Geschichte, daß es falsch wäre, in einer anscheinend noch so verzweifelten Lage den Mut sinken zu lassen und sich selbst aufzugeben; waren es früher die Fürsten, wie Rudolf IV., Friedrich III. und Maria Theresia, die mit der Stärke eines unbeirrbaren Glaubens an Österreich diesen Staat gegen alle Anfechtungen verteidigt und ihm damit die wichtigste Grundlage zu seiner künftigen Größe gelegt haben, so bildet jetzt das durch eine ruhmvolle Überlieferung gestärkte Selbstbewußtsein unseres ganzen Volkes die wichtigste Voraussetzung für eine bessere Zukunft.

Nachträgliche Bemerkungen

Die in dem vorliegenden Aufsatz gebrachten, von K. Kuich gezeichneten Kartenskizzen sind nur als Hilfe für die räumliche Vorstellung gedacht und dürfen in ihren Einzelheiten nicht als verläßlich und maßgebend angesehen werden. Mit Ausnahme der Skizze des Ottokarischen Besitzes auf S. 21, die auf der von R. Pirchegger entworfenen Karte in A. Mell, Grundriß der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Landes Steiermark (1929) S. 22 beruht, sind alle anderen auf Grund von G. Droysens Allgemeinem Historischen Handatlas (1886) entworfen, da ein moderneres Werk nicht zur Verfügung stand. Es zeigt sich die dringende Notwendigkeit eines eigenen Historischen Schulatlas für Österreich, zumal die vorhandenen veralteten Werke Österreich wenig berücksichtigen und vom preußisch-deutschen Standpunkte aus angelegt sind. Das Mittelalter kennt allerdings noch keine Grenzen im heutigen Sinne, denn der geschlossene Flächenstaat bildete sich erst im 18. Jahrhundert aus. Daher stößt jeder Versuch einer kartographischen Darstellung früherer Zeiten auf große Schwierigkeiten.

Von den einschlägigen Schriftwerken wären u. a. zu erwähnen: R. Egger, „Die österreichischen Länder im Altertum" und O. Brunner, „Österreich, das Reich und der Osten im späteren Mittelalter" in: Österreich (1937); H. Kretschmayr, Geschichte von Österreich (1936); H. Hantsch, Geschichte Österreichs Bd. 1 (1937); H. J. Bidermann, Geschichte der österreichischen Gesamtstaatsidee (1867/89); R. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österr.-ungarischen Monarchie (1916); F. X. Pritz, Geschichte des Landes ob der Enns (1847); J. Lohninger, Oberösterreichs Werdegang (1916); J. Zibermayr, Noricum, Baiern und Österreich (1944); A. Hoffmann, „Oberösterreichs Schicksal im Wandel der Jahrhunderte" in: Handel-Mazzetti-Festschrift (1946).